

Calmer Tagblatt

Nr. 153

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

98. Jahrgang.

Erscheinungsweise: 5mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die Zeile 750 Mt., Familienanzeigen 400 Mt., Reklamen 2000 Mt. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — Fernspr. 2

Mittwoch, den 4. Juli 1923.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn 10000 Mt. monatlich, Postbezugspreis 10000 Mt. ohne Postgeld. Einzelnummer 400 Mt. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Die Ruhr- und Reparationskrisis scheint in ein entscheidendes Stadium zu treten. Die Aussprachen zwischen London und dem französischen und belgischen Kabinett sind gestern fortgesetzt worden; eine Mitteilung über ihr Ergebnis ist bis jetzt nicht erfolgt.

Nun hat auch Mussolini die Auffassung der italienischen Regierung in einer sehr beachtenswerten Rede bekannt gegeben. Italien wünsche die Festsetzung eines endgültigen Zahlungsplans unter Ansetzung vernünftiger Zahlen und dabei ernste wirtschaftliche Bürgschaften, wogegen Frankreich den Verzicht auf die Ruhrbesetzung in Aussicht (!) nehmen müsse. Nach Mussolini hat Deutschland kein Interesse an der Fortsetzung des passiven Widerstands, und es müsse versucht werden, in dieser Frage eine Verständigung herbeizuführen. Es scheint also, daß auch die italienische Regierung auf Poincaré drücken will, denn wie die Engländer bei einer Katastrophe in Deutschland eine Auswirkung auf den Osten fürchten, die ihre Kolonialreich gefährden würde, so befürchten die Italiener die Übertragung auf den Balkan, die ihre Abriantreffen in Mitleidenschaft ziehen würde.

Nach dem jetzt vorliegenden Wortlaut des Papstbriefes hat der Heilige Vater besonders darauf hingewiesen, ob man nicht andere Sicherungen der Gläubiger finden könne, als die Besetzung von Gebieten, die sowohl der Besetzungsmächten wie den besetzten Gebieten schwere Opfer erlege, und ob es nicht vielleicht angezeigt wäre, an deren Stelle — wäre es auch nur schrittweise — weniger gefährliche (!) Garantien zu setzen. Den Franzosen ist letztgenannte Charakterisierung ihrer Politik dengefreilichweise unangenehm gewesen, und so hat der französische Botschafter beim Vatikan Vorstellungen erheben müssen. Der Papst soll dabei auf die Gefahren des Bolschewismus bei Anwendung derartiger Gewalt- und Ausschungungsmethoden aufmerksam gemacht haben.

Aus Anlaß des schweren, übrigens noch nicht aufgeklärten Explosionsunglücks vor dem Mainzer Tunnel, bei dem 18 belgische Soldaten und verschiedene Deutsche umkamen, hat der Papst auch eine Kundgebung gegen Sabotageakte erlassen, und dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß die deutsche Regierung solche Gewalttaten ebenfalls öffentlich verurteilen möge.

Zur Lage.

Während die öffentliche Meinung Englands — oder wenigstens ein Teil — mit Recht darauf verweist, daß die Verschleppung der Regelung der Ruhr- und Reparationsfrage angesichts der dauernden Verschärfung der Lage im Ruhrgebiet und im Innern Deutschlands überhaupt zur Katastrophe führen müsse, wenn nicht endlich eine Grundlage geschaffen werde, auf der zwischen Deutschland und den Alliierten direkte Verhandlungen angeknüpft werden könnten, gleichzeitig mit einer Einstellung des Kampfes im neubesetzten Gebiet, handelt die englische Regierung seit Monaten nach dem bei der Ruhrbesetzung eingenommenen Standpunkt der „wohlwollenden Neutralität für Frankreich“, etwa nach demselben Prinzip wie Amerika vor Eintritt in den Krieg gegen Deutschland, indem es gegen englische Verstöße zwar Protest einlegte, in erster Linie aber darauf bedacht war, die deutschen Defensivaktionen zu paralisieren. Wir haben diese verschiedenartige Stellung der öffentlichen Beeinflussungsfaktoren und der Regierung als eine seit jeher in der englischen Politik geübte Taktik zu betrachten, die dazu dient, die wahre Haltung der Regierung in den jeweils zur Entscheidung stehenden Fragen so gut wie möglich zu verschleiern und dadurch die Außenwelt möglichst im Unklaren zu lassen, bzw. bei Gelegenheit irreführen. Wir haben diese Taktik seit der Kriegserklärung Englands verfolgen können, und haben auf Grund einer derartigen Beurteilung der englischen Politik diese bis auf den heutigen Tag in ihren grundsätzlichen Entschlüssen im westpolitischen Spiel entsprechend bewertet. So haben wir auch die Mussolinipolitik bezüglich einer angeblichen Neueinstellung Englands zu Frankreich, und damit zu Deutschland, abgelehnt, und die ganze Propaganda der englischen Staatsmänner und Politiker, sowie der raffiniert geschulten Presse als rein taktische Manöver betrachtet, genau so wie wir niemals an eine grundsätzlich französisch-russische, bzw. englisch-russische und weiterhin französisch-türkische, bzw. englisch-türkische Verständigung auf Kosten der Freundschaft dieser beiden Staaten geglaubt haben. Auch nach dieser Seite

hin ist bekanntlich unsere Auffassung bestätigt worden. Es muß immer wieder dem außenpolitisch völlig ungeschulten Deutschen gesagt werden, daß wir als derzeit militärisch ohnmächtiger Staat ohne feste Bündnismöglichkeiten es uns vorerst nicht leisten können, die Ententestaaten, die machtpolitisch und weltwirtschaftlich aufs engste verbunden sind, etwa in Gegenläge manövrieren zu wollen. Das sollte heute durch die Erfahrung der letzten Jahre auch dem naivsten Gemüte dämmern. Und wenn man nun von dem neuen englischen Ministerpräsidenten erwartet hatte, daß er, wie die englische Presse Uneingeweihte vermuten ließ, „energische“ Schritte gegen die Gewaltpolitik Poincarés unternehmen würde, so werden die letzten halbamtlichen Erklärungen aus London wohl wieder einmal den nötigen Ernüchterungsstrahl gebracht haben. Nach dieser „gut unterrichteten“ Stelle sind die seit herigen mündlichen Aussprachen zwischen dem englischen Botschafter in Paris und Herrn Poincaré in freundschaftlichster Form erfolgt, und man wehrt sich besonders gegen die in der Presse zum Ausdruck gebrachte Auffassung, als würde die englische Regierung, wenn bezüglich der Frage des passiven Widerstandes keine Möglichkeit zu einer Lösung sich ergebe, sich vielleicht ganz von der Entente mit Frankreich loslösen. Allerdings wird behauptet, daß die Äußerungen der englischen Blätter, ein getreues Abbild der öffentlichen Meinung Englands geben, nämlich der Meinung, daß die französische Ruhrpolitik letzten Endes zur Katastrophe für Europa führen müsse, und daß nach einer Regelung der Reparationsfrage immer dringender verlangt werde, aber mit freundschaftlichen Vorstellungen wird man Poincaré letzte Absichten, die in einer vollkommenen Auflösung des deutschen Reichs bestehen, nicht zu belämpfen vermögen. Und wenn man den eigentümlichen Schlusssatz liest, es sei von großer Wichtigkeit, daß unsinnige Gewalttätigkeiten unterbleiben, womit zweifellos die Attentate von angeblich deutscher Seite gemeint sind, so erscheint der „Neutralitätsfimmel“ in London vorerst kaum für eine Vermittlungstätigkeit in nächster Zeit aktiviert zu sein. Auch die Kundgebung des Papstes zu Gunsten einer schiedsgerichtlichen Entscheidung der Reparationsfrage wird bezüglich ihrer zu erwartenden Wirkung mit Reserve aufgenommen werden müssen. Moralisch hat diese Kundgebung zwar fraglos ihren Zweck erfüllt, ob sie sich aber auch politisch auswirken wird, muß vorläufig dahin gestellt bleiben. Der Papst hat dem wegen dieser Angelegenheit vorstellig gewordenen französischen Botschafter unumwunden erklärt, daß ihn besonders die Sorge zu dem Schritt getrieben habe, die Leiden des deutschen Volkes könnten dem Bolschewismus Vorhub leisten, aber das will ja Frankreich, daß innere Unruhen, seien sie nun links- oder rechtsradikal bzw. „partikularistischen“ Ursprungs, den gewünschten Auflösungsprozeß hervorgerufen, damit man schließlich, ohne die Karten aufdecken zu müssen, die Rheinlandrepublik als reife Frucht einstecken, vielleicht sogar als „Retter“ Süddeutschlands auftreten kann. Der „Zwischenfall“ wird übrigens von französischer Seite als „erledigt“ betrachtet, nachdem der Vatikan wahrscheinlich die Zulage gegeben hat, einen weiteren Schritt nicht zu unternehmen.

Wir stehen zur Zeit wieder auf dem alten Plage, nämlich dem der Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit Frankreich, dem sich Belgien nach überstandener Kabinettstrijis anscheinend von neuem völlig verschrieben hat. Poincaré hat heute nach außen hin die denkbar sicherste Stellung, sobald er es sogar hat wagen können, die Bewilligung der Staatshaushaltsgrundlagen, in dem die Ruhrkredite enthalten sind, nicht nur für 1923 sondern auch für 1924 zu erzwingen. Diese Forderung bedeutet die schärfste Brüstung der französischen Volksvertretung, denn im nächsten Jahre sind Neuwahlen, und es ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß durch diese Wahlen die Kammer eine wesentlich andere Zusammensetzung erhalten wird. Und doch wurde diese rechtswidrige Forderung in der Kammer mit 440 gegen 168 Stimmen angenommen. Es ist klar, Poincaré spielt Babanque, und nur dem Umstand, daß man ihn aus innerpolitischen, wahltaktischen Gründen wegen seiner Außenpolitik nicht angreifen wagt, verdankt er diese starke Stellung, die er natürlich bei der geringsten Erschütterung seiner Außenpolitik verlieren kann. An der im Interesse Deutschlands u. des Friedens Europas gelegenen Erreichung dieses Zieles können wir in hervorragender Weise mitarbeiten, wenn wir alles vermeiden, was seine Pläne fördern kann, nämlich Uneinigkeit im Innern und gewisse Handlungen, die der französischen Soldateska den Schein eines Rechts geben könnten, ihre Blut- und Raubherrschaft weiter fortzusetzen. Bringen wir diese Disziplinierung des deutschen Volkes in einem solchen Grade der Selbstüberwindung fertig, dann werden auch die andern Staaten sich am Ende doch noch bequemen müssen, aktiv zu der Weltshande an Rhein und Ruhr Stellung zu nehmen.

Die Ruhr- und Reparationskrisis. Der Kampf innerhalb der Entente um die Verhandlungsgrundlagen.

Mussolini über Italiens Ruhr- und Reparationspolitik.

Rom, 4. Juli. Mussolini erörterte im gestrigen Ministerrat die jüngsten Ereignisse auf dem Gebiete der auswärtigen Politik. Er ging von dem Sturze Stambulists in Bulgarien und der Erziehung seiner Regierung durch die Regierung Zankow aus, wodurch in einigen Staaten der kleinen Entente Erregung hervorgerufen worden sei. Italien griff sofort vermittelnd ein und die gefährdeten Verwicklungen wurden vermieden. Dann erklärte Mussolini, daß in Lausanne anscheinend die Unterzeichnung des Friedensvertrags nahe bevorstehe. Hierauf ging er auf die Ruhrfrage ein und betonte, die Lage an der Ruhr habe sich in den letzten Tagen verschlechtert. Einerseits daure der passive Widerstand fort und andererseits sei die Besetzung ausgedehnt und verschärft worden durch Maßnahmen, die immer mehr politischen und militärischen Charakter annehmen. Die allgemeine Rückwirkung dieser Krise, die einen akuten Zustand erreicht zu haben scheint, komme in den Wechselkursen der europäischen Wäluen zum Ausdruck, die einschließlich des Sterling sich ungünstig entwickelten. Das sehr edelmütige Eingreifen des Papstes im Interesse Europas und der Menschheit habe die Lage nicht verändert. Unmittelbar darauf sei die vom französischen Senat einstimmig gebilligte Rede Poincarés gefolgt und es ereignete sich, wie Mussolini meint, ein Sabotageakt (!), der zahlreichen belgischen Soldaten das Leben gekostet habe. Somit sei keine Entspannung, sondern eine Verschlechterung der Lage eingetreten. Nach Lösung der belgischen Krise könne die diplomatische Aktion wieder aufgenommen werden. Italien beteilige sich an ihr unmittelbar und werde sich auch künftig nicht fern halten, sofern das Problem auf dem Wege und im Sinne der Vorschläge des Londoner Memorandums behandelt werde, zudem auch die späteren Entwürfe nicht im Gegensatz stünden. Die Festsetzung eines endgültigen Zahlungsplans, der vernünftige Zahlungen und ernste wirtschaftliche Bürgschaften enthalte, sowie den Verzicht Frankreichs auf die Ruhrbesetzung in Aussicht nehme, sei erforderlich. Was den passiven Widerstand anlange, so glaube Italien, daß Deutschland kein Interesse daran habe, ihn zu verlängern. Man müsse die Herbeiführung von Möglichkeiten für eine Verständigung durchaus beschleunigen, da die Ruhrfrage auf der europäischen Wirtschaft schwer lasse und den Wiederaufbau verzögere. — Der Ministerrat sprach seine Zustimmung zu den Ausführungen Mussolinis aus.

Die wichtigsten Stellen aus dem Papstbrief.

Berlin, 3. Juli. Nach dem nunmehr vorliegenden Text des Papstbriefes vom 27. Juni lautet die Stelle über die Garantien in wörtlicher Uebersetzung wie folgt: In gleicher Weise und wenn es gerecht ist, daß die Gläubiger Garantien erhalten entsprechend der Wichtigkeit ihrer Gut-haben, die deren Einziehung sichern und wovon noch die Lebensinteressen abhängen, überlassen wir Ihnen, zu erwägen, ob es notwendig ist, zu diesem Zweck in jedem Fall die Gebietsbesetzungen aufrecht zu erhalten, die den Besetzungsmächten und den besetzten Gebieten schwere Opfer auferlegen, oder ob es vielmehr nicht angezeigt wäre, an deren Stelle — wäre es auch nur schrittweise — andere, nicht minder geeignete, aber gewiß weniger gefährliche Garantien zu setzen.

Rom, 2. Juli. In Kreisen des Vatikan hält man den Zwischenfall zwischen Frankreich und dem Vatikan anläßlich des Papstbriefes über die Ruhrbesetzung für erledigt. In einer längeren Unterredung zwischen dem Papst und dem franz. Botschafter Sonnart erläuterte der Papst ausdrücklich den Geist seines Briefes, wobei er dessen Inhalt in vollem Umfange bestätigte. Besondere Sorge verursacht dem Papst die Tatsache, daß das deutsche Volk infolge seiner Leiden vom Bolschewismus mit seinen schrecklichen Folgen heimgesucht werden könne.

Der Papst gegen Sabotageakte.

Rom, 3. Juli. Der Papst ist durch den am 30. Juni bei Duisburg vollführten Anschlag tief betrübt. Er hat durch Kardinal Gasparri folgende Depesche an den päpstlichen Nuntius in Berlin richten lassen: Während der Heilige Vater mit seinem Schreiben die Mächte zu einer friedlichen Verständigung zu bewegen bestrebt war und alles zu ver-

O. S.

Medien anriet, was eine solche Verständigung verhindern könnte, bedauert er tief, von einem Sabotageakt im besetzten Gebiet und anderen, unter dem Vorwand des passiven Widerstands begangenen Verbrechen zu vernehmen. Der Papst beauftragt Sie, entschieden dahin zu wirken, daß die deutsche Regierung ein für allemal solchen verbrecherischen Widerstand verurteilt, der von dem Heiligen Vater selbst verurteilt wird.

Englisch-belgische Besprechungen.

London, 4. Juli. Reuter erzählt, daß der belgische Botschafter gestern Abend eine einstündige Unterredung mit Lord Curzon im Foreign Office hatte. Der Botschafter überreichte keine Note, erläuterte aber die belgische Auffassung über die Ruhrfrage. Wie verlautet, haben sich bei der Unterredung neue Gesichtspunkte nicht ergeben. Lord Curzon setzte in seiner Antwort noch einmal den britischen Standpunkt auseinander. Nach der Beendigung der Besprechung stattete der französische Botschafter Lord Curzon einen Besuch ab. — Eine vor den oben erwähnten Besprechungen ausgegebene Reutermeldung besagt, man halte es für möglich, daß die französische Regierung warten werde, bis die belgische Regierung ihre Antwort auf den britischen Fragebogen nach London gesandt habe, damit die beiden Antworten gleichzeitig übermittelt werden könnten. Da das Kabinett Thurnis die Amtsgeschäfte erst gestern offiziell aufgenommen habe, rechne man mit einer Verzögerung um ein bis zwei Tage. Französischerseits wurde Reuter mitgeteilt, daß der Zweck des Besuchs des französischen Botschafters beim Staatssekretär des Neuherrn nicht gewesen sei, einen bestimmten Plan in mündlicher oder schriftlicher Form zu übermitteln, sondern lediglich die Besprechungen fortzusetzen, die bereits stattgefunden hätten. Die in dieser Besprechung gegebenen Erklärungen der Auffassung Frankreichs würden erweitert und überholt werden.

Schriftliche französische Antwort auf den englischen Fragebogen.

Paris, 3. Juli. Das „Eco de Paris“ teilt mit, im heutigen Ministerrat werde Poincaré dem Präsidenten der Republik und seinen Kabinettskollegen Mitteilung von den Instruktionen machen, die dem französischen Botschafter in London zugegangen seien und die nicht weniger als 40 Seiten umfaßten. Das, fügt das Blatt hinzu, stellt eine bereite Antwort auf die englischen Unterstellungen dar, die glauben machen wollten, die französische Regierung versuche, einer Beantwortung des Baldwin'schen Fragebogens auszuweichen.

Der Völkerbundsrat und das Saargebiet.

Der Vertreter Englands gegen die französischen Diktaturmethoden.

Genf, 3. Juli. Lord Robert Cecil begründete heute in der öffentlichen Sitzung des Völkerbundsrats die englischen Anträge zur Saarfrage. Er wies an Hand des Versailler Vertrags die Verantwortung des Völkerbunds für die Verwaltung des Saargebietes nach und tadelte die Verordnungen der Regierungskommission, die ohne vorherige oder spätere Befragung der Bevölkerung erlassen worden sei. Er verzichtete auf die Ernennung einer Untersuchungskommission sowohl in Genf als auch im Saargebiet, forderte aber, daß der Rat alle Mitglieder der Regierungskommission und nicht nur den Präsidenten allein nach Genf berufe, um sie zu vernehmen und sich genau über die Vorgänge im Saargebiet, sowie über die Regierungsmethoden zu unterrichten. Der Vertreter Frankreichs, Hannoteaux, verteidigte lebhaft die Regierungskommission und die Notverordnung, erklärte sich aber, nachdem auf eine besondere Untersuchungskommission verzichtet worden war, grundsätzlich damit einverstanden, daß der Rat sich selbst mit der Saarfrage befasse, was er übrigens stets getan habe. Auf Salandras Antrag soll eine dem Antrag Cecils entsprechende Formel zwischen Cecil und Hannoteaux ausgearbeitet werden. Ein Vorschlag Brantings, nicht nur die Mitglieder der Regierungskommission, sondern auch Vertreter der Saarbevölkerung vor dem Völkerbundsrat zu vernehmen, soll auf Cecils Wunsch bis nach der Fühlungnahme mit der Regierungskommission zurückgestellt werden.

Der Völkerbundsrat prüft die Maßnahmen der Saarregierung.

Paris, 4. Juli. Die gestrige Debatte des Völkerbundsrats über die Tätigkeit der Regierungskommission im Saargebiet schloß mit der Annahme folgender Resolution: Nach Beratung des englischen Vorschlags, die neuerlichen Vorgänge im Saargebiet einer Prüfung zu unterziehen, beschließt der Rat, um jedem Mißverständnis in den Debatten über die Tätigkeit der Regierungskommission ein Ende zu machen, die Prüfung selbst im Laufe der jetzigen Tagung vorzunehmen, und beauftragt das Sekretariat, unverzüglich die Mitglieder der Regierungskommission aufzufordern, sich nach Genf zu begeben und sämtliche erforderlichen Dokumente beizubringen. — Wenn man an die seit herigen Beschlüsse des Völkerbundsrats denkt, wird man von dieser Prüfung kaum eine Erleichterung für die Saarbewohner erhoffen.

Die französisch-belgische Gewaltpolitik.

Belgische Schandtaten.

Buer, 2. Juli. Die „Buerer Zeitung“ meldet, daß am Samstag Abend der russisch-polnische Staatsangehörige Czerny Bestal von einer belgischen Patrouille einige Minuten nach acht Uhr durch Herzschuß getötet wurde. Der 24jährige Paul Preußlich aus Buer-Nessel wollte kurz nach 8 Uhr seinen Hund, der ihm entlaufen war, aus einem Nachbarhause zurückholen. Als er von einer belgischen Patrouille hierbei verfolgt wurde, flüchtete er in ein Dachgeschloß. Die Patrouille folgte ihm und in der Verzweiflung stürzte er sich vom Dach auf den Hof, wo er mit zerhackten Gliedern liegen blieb. An den Folgen der erlittenen

Amtliche Bekanntmachung

Bekanntmachung betr.

Neufestsetzung der Ortslöhne gem. § 149 A.V.D.

Durch Erlaß des Oberversicherungsamtes vom 28. Juni 1923 sind die Ortslöhne für den Oberamtsbezirk Calw mit Wirkung vom 2. Juli 1923 an, wie folgt, neu festgesetzt:

| | für Versicherte | | |
|----------|-----------------|--------------|---------------|
| | unter 16 Jahren | 16—21 Jahren | über 21 Jahre |
| männlich | M 9030 | 14 700 | 18 900 |
| weiblich | M 6720 | 9 030 | 11 550 |

Calw, den 30. Juni 1923.

Versicherungsamt: Bögel, Amtmann.

nen Verletzung ist er gestern gestorben. In der Hugofstraße wurde ein Bergmann durch Oberflächenschuß schwer verletzt, weil er sich nach 8 Uhr auf der Straße aufhielt. Wegen Ueberschreitung der Sperrstreife wurde eine Reihe von Bürgern festgenommen. In der letzten Zeit nehmen die Belgier Hausdurchsuchungen bei Bürgern vor, von denen angenommen wird, daß sie rechtsgerichteten politischen Parteien angehören. Auch mehrere Verhaftungen wurden deshalb vorgenommen.

Die verschärfte Verkehrsperre.

Köln, 3. Juli. Wie aus Aachen, dem Sitz des belgischen Oberkommandos, gemeldet wird, fand dort am Hauptbahnhof heute Mittag anlässlich der Duisburger Eisenbahnkatastrophe eine Trauerfeier der Besatzungstruppen statt. Nach einer Verordnung des Kreisbelegierten mußten alle Geschäfte, Restaurants, Kinos usw. in der Zeit von 11 bis 4 Uhr geschlossen bleiben. Auch der Verkehr aller Fahrzeuge mußte ebenso wie der Verkehr der Kleinbahn während dieser Zeit ruhen. Eine zweite Verordnung des Kreisbelegierten bestimmt, daß in der Zeit vom 3. Juli bis einschließlich 13. Juli jeder Automobilverkehr einschließlich des Verkehrs von Motorrädern im Stadt- und Landkreis Aachen von abends 9 bis morgens 5 Uhr verboten ist. Im Gebiet der Stadt Stolberg ist für dieselbe Zeit auch der Fußgängerverkehr verboten, außer für Ärzte und Fabrikarbeiter beim Schichtwechsel. Der Grund des Verbots ist nicht angegeben. Seit heute nachmittag ist der Verkehr über die Station Rinderoth gesperrt, die nicht einmal von Leerzügen passiert werden darf. Damit ist der Zugverkehr Ostberghausen—Engelskirchen völlig lahmgelegt.

Berlin, 3. Juli. In Duisburg sind noch einige Stadtverordneter und zwei Fabrikanten als Geiseln verhaftet worden. Sämtliche Straßen sind durch Drahtverhaue abgesperrt. Durchfahren der Personenzüge wird die Weiterfahrt gestattet. Dagegen ist der Güterverkehr vollkommen abgeschnürt. In Bottrop haben die Franzosen sämtliche Wirtschaften auf vier Wochen geschlossen und ebenso den gesamten Straßenbahnverkehr auf 14 Tage stillgelegt, weil in der Nacht zum 30. 6. einem französischen Kraftwagen ein Unfall zugestoßen sein soll, weil dieser gegen einen großen Stein gefahren ist, wobei die Insassen verletzt wurden. Die Absperrung des gesamten besetzten Gebiets ist vollständig. Auch aus dem englisch besetzten Gebiet kann niemand heraus und aus dem unbesetzten Gebiet niemand hinein.

Französische Lügenpropaganda über das Duisburger Explosionsunglück.

Berlin, 3. Juli. Das „Eco du Rhin“ schreibt zu dem Unglück auf der Duisburger Rheinbrücke, es sei von deutschen Verbrechern herbeigeführt worden, die dafür von Dr. Cuno bezahlet und von Ebert belobt worden seien. — Bekanntlich steht in keiner Weise fest, wer die Urheber des Unglücks sind. Der Versuch, den Reichspräsidenten und den Reichskanzler mit den Ereignissen in Verbindung zu bringen, hat also deshalb nicht die geringste Grundlage. Die Behauptung des „Eco du Rhin“ ist ein Beweis für die Verlogenheit der französischen Pressemache und muß als kraße Verleumdung aufs schärfste zurückgewiesen werden.

Belgische Geheimpolitisten werden für Bombenattentate.

Berlin, 3. Juli. Mehrere Blätter melden aus Frankfurt am Main, ein in deutschem Polizeigewahrsam befindlicher Duisburger Arbeiter habe unter genauer Angabe von Ort und Zeit eingestanden, daß er bei einer Zusammenkunft mit belgischen Geheimpolitisten von diesen er sucht worden sei, gegen das Duisburger Rathaus und gegen das Theater Bombenattentate zu unternehmen.

Zum Duisburger Bahnunglück.

Essen, 3. Juli. Der über Duisburg verhängte Belagerungszustand ist nach hier eingetroffenen Nachrichten auch auf Ruhrort, Mülheim-Ruhr, Oberhausen und Hamborn ausgedehnt worden. Die Städte sind sämtlich isoliert und jeder Verkehr ist unterbunden. Die Zahl der bei dem Sprengstoffanschlag an der Duisburger Rheinbrücke ums Leben gekommenen belgischen Militärpersonen hat sich im Laufe der vorigen Nacht auf 18 erhöht. Ein Anzahl der Verwundeten befindet sich in kritischem Zustand.

Ein neues Bombenattentat auf einen Zug?

Paris, 2. Juli. Die Agence Havas meldet aus Koblenz, daß vor dem Eingang zum Mainzer Tunnel zwei Bomben mit Zeitzündern aufgefunden worden seien. Eine der Bomben sei explodiert, ohne erheblichen Schaden anzurichten, während die zweite von einem Artillerieoffizier unschädlich gemacht worden sei. Die Untersuchung sei noch im Gange. Die üblichen Sanktionen gegen Mainzer Beamte würden erlassen werden. Die bei derartigen Anlässen vorgesehenen Verkehrsbeschränkungen seien vorbereitet.

Zu dem angeblichen Attentat am Mainzer Tunnel.

Paris, 3. Juli. Wie die Morgenpresse aus Mainz berichtet, sollen wie bereits gemeldet, am Eingang des Tunnels von Mainz zwei Bomben niedergelegt worden sein, von denen eine explodiert sei und unbedeutenden Schaden angerichtet habe. Man habe ferner einen Eisenblock von

15 Kg. Gewicht auf die Eisenbahnschienen geschleudert. Wegen dieses Attentats sei beschlossen worden, in Mainz und seinen Vororten jeden Verkehr mit Ausnahme des Verkehrs der Straßenbahnen und der Fußgänger zu verbieten. Alle öffentlichen Lokale müssen um 9 Uhr abends schließen und fünf angesehene Bürger der Stadt wurden sofort ausgewiesen.

Kritische Gestaltung der Lebensmittelversorgung im Ruhrgebiet.

Berlin, 3. Juli. Infolge der von den Franzosen und Belgiern über das besetzte und Einbruchgebiet verhängten Verkehrssperre gestaltet sich die Lebensmittelversorgung des Ruhrgebiets von Tag zu Tag kritischer. Nach einer Blättermeldung aus Essen sind in einer großen Anzahl von Fällen Lebensmitteltransporte entgegen der Zusage hinsichtlich der Durchlassung von Lebensmittelzügen auf den Durchgangsbahnhöfen zurückgehalten worden. In Essen haben die Lebensmittelgeschäfte wegen der Knappheit der Vorräte nur noch Vormittags geöffnet. In Dortmund ist durch die Stadtverwaltung die Rationierung der Kartoffelvorräte angeordnet worden.

Der Betriebsrat der Kruppwerke gegen die Raubaktion in den Kruppwerken.

Essen, 3. Juli. Der gesamte Betriebsrat der Kruppwerke veröffentlicht folgenden Protest: Am Sonntag, den 1. Juli, wurde der Lagerplatz Segeroth von den Franzosen besetzt. Die Franzosen legten Beschlagnahme auf die vorhandenen Kohlen- und Koks-vorräte. Hiermit haben sie die Hauptlebensader des Krupp'schen Gießstahlwerkes unterbunden. Zu wiederholten Malen wurde seitens der Besatzungsbehörden betont, daß Maßnahmen unterbleiben sollten, die sich gegen die Interessen der Arbeitnehmerschaft richteten. Wie dieses Versprechen in die Tat umgesetzt wird, zeigt das jetzige Vorgehen. Ohne Rücksicht auf die Lebensbedingungen der Bevölkerung werden vom brutalen militärischen Machtstandpunkt diktierte Maßnahmen durchgeführt. Selbst das direkte Eigentum der Arbeiter wird nicht geschont. Kleiderchränke und Schulsachen werden erbrochen und die darin befindlichen, den Arbeitern und Angehörigen gehörenden Gegenstände herausgeworfen. Namens der in ihrer Existenz bedrohten 54 000 Arbeiter und Angestellten legen wir gegen das rücksichtslose Vorgehen der Besatzungsbehörden schärfsten Protest ein. Nochmals richten wir einen Appell an unsere Arbeitsbrüder der gesamten Welt, alles aufzubieten, um dieser aller Kultur höhnpredenden Bedrückung der deutschen Arbeiter und Angestellten durch ein fremdes Militär ein Ende zu machen. Führt Euren herrschenden Männern ihre Verantwortung gegenüber der Weltgeschichte vor Augen! Helft, daß diese Kulturschmach verschwindet! So, wie wir deutsche Arbeiter und Angestellte gegen jede Art der Unterdrückung uns zur Wehr setzen werden, sind wir gewillt, alles zu tun, was einem dauernden Völkerfrieden dienlich ist.

Spendet zum Deutschen Volksopfer!

Deutschland.

Erneute Erhöhung der Postgebühren im August.

Berlin, 4. Juli. Bei den Beratungen des Tarifausschusses des Verkehrsbeirats im Reichspostministerium über die neue Gebührenordnung erklärte der Reichspostminister in seiner Begründung, daß der Jahresfahrlbetrag der Reichspostverwaltung für 1923 auch nach der soeben in Kraft getretenen Erhöhung noch über 8 Billionen Mark beträgt. Der Jahresbetrag der Sätze, die auf 1. August in Kraft treten sollen, wird auf etwa 4 Billionen M veranschlagt, sodaß noch über 4 Billionen M ungedeckt bleiben.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 4. Juli 1923.

Methodistenkirche von Süddeutschland.

Man schreibt uns: Vom 12. bis 18. Juni ds. Js. tagte in Heilbronn die 28. Jahreskonferenz der Prediger der Bischöflichen Methodistenkirche von Süddeutschland. Den Vorsitz führte Generalsuperintendent Dr. D. S. L. Nuelsen, der durch seine umfassenden Hilfsaktionen weit über die Grenzen des süddeutschen Werkes bekannt geworden ist. Das Gebiet des süddeutschen Werkes erstreckt sich über Württemberg, Baden, Bayern, Hessen, Pfalz, Saargebiet und Rheinland. Aus den Berichten der vier Distriktsvorsteher ging hervor, daß das verflozene Arbeitsjahr wohl reich war an Schwierigkeiten aller Art, daß man aber nirgends an Abbau oder auch nur an Einschränkungen denken mußte, daß vielmehr das Werk überall sich in einem gesunden Wachstum befindet. Diese erfreuliche Tatsache zeigt sich in der Aufnahme neuer Predigtplätze, in der starken Anteilnahme der Jugend am Gemeindeleben, in der beispiellosen Opferwilligkeit der Mitglieder in finanzieller Hinsicht, nicht zuletzt in der regen Bautätigkeit. So lagen in bezug auf über 20 Bauprojekte (Bar neuer Kapellen und Gemeindehäuser, Umbau vorhandener Anwesen zwecks Vergrößerung) die Schlussabrechnungen vor, die zum großen Teil durch die freiwilligen Gaben der Mitglieder schuldenfrei beendet werden konnten. Besonders im Rheinland und in Bayern hat eine energische Vorwärtsbewegung eingesetzt. — Für die wichtige Arbeit an der Jugend (533 Vereine mit 13 487 Mitgliedern) wurde dieses Jahr erstmals ein Prediger freigegeben, der als Jugendsekretär im Hauptamt dienen wird. — Der Ausschuß für Enthaltbarkeit und Volkswohlfahrt (Sitz in Frankfurt a. M., Sinnheimerlandstraße 180) organisierte im Februar ds. Js. eine Unterschriftenammlung zu einer Eingabe an den Reichstag mit der Bitte um Einfügung des sog. „Gemeindebestimmungsrecht“ in das in Vorbereitung befindliche Schankstättengesetz. Für diese Eingabe, die dem Präsidenten des Reichstags übergeben worden ist, wurden innerhalb einer Woche 460 000 Unterschriften gesammelt, im Interesse des Kampfs gegen den Alkohol in derselben Woche 545 Versammlungen abgehalten. — Durch die verschiedenen sozialen Unternehmungen der Metho-

Allgemeine Ortskrankenkasse für den Oberamtsbezirk Calw.

Verordnung des Reichsarbeitsministers über die Verdienst- und Einkommensgrenze nach § 165 a der Reichsversicherungsordnung und über den Grundlohn in der Krankenversicherung vom 22. Juni 1923.

Die Grundlöhne haben mit Wirkung vom 2. Juli 1923 an (N. O. Bl. I S. 421) folgenden Ausbau erfahren:

| Stufe | Entgelt auf den Kalendertag Mark | Entgelt auf das Jahr Mark | Grundlohn M | Wochenbeitrag | | | Kranken- geld täglich M | Sterbe- geld M |
|-------|-------------------------------------|------------------------------|----------------|------------------------|--------------------------------------|------------------------|----------------------------------|----------------------|
| | | | | Ganzer Beitrag M | Anteil des Arbeit- gebers M | Ver- sicherten M | | |
| 20 | über 22800 bis 25800 | über 8208000 bis 9288000 | 24300 | 14460 | 4820 | 9640 | 12150 | 486000 |
| 21 | " 25800 " 29000 | " 9288000 " 10440000 | 27400 | 16305 | 5435 | 10870 | 13700 | 548000 |
| 22 | " 29000 " 32400 | " 10440000 " 11664000 | 30700 | 18270 | 6090 | 12180 | 15350 | 614000 |
| 23 | " 32400 " 36000 | " 11664000 " 12960000 | 34200 | 20340 | 6780 | 13560 | 17100 | 684000 |
| 24 | " 36000 " 39800 | " 12960000 " 14328000 | 37900 | 22560 | 7520 | 15040 | 18950 | 754000 |
| 25 | " 39800 " 43800 | " 14328000 " 15768000 | 41800 | 24870 | 8290 | 16580 | 20900 | 836000 |
| 26 | " 43800 " 48000 | " 15768000 " 17280000 | 45900 | 27315 | 9105 | 18210 | 22950 | 918000 |
| 27 | " 48000 " 52400 | " 17280000 " 18864000 | 50200 | 29865 | 9955 | 19910 | 25100 | 1004000 |
| 28 | " 52400 " " | " 18864000 " " | 53300 | 31710 | 10570 | 21140 | 26650 | 1066000 |

Die Verteilungen aus der Grundlohnänderung vom 18. Juni 1923 treten am 2. Juli und diejenigen nach der Grundlohnänderung vom 2. Juli am 16. Juli 1923 in Kraft.
Die für die Versicherungspflicht der Betriebsbeamten, Angestellten u. s. w. maßgebende Verdienstgrenze ist auf 21 000 000 Mk. festgesetzt.
Die Frist zur Meldung der Personen, die durch diese Verordnung der Versicherungspflicht neu unterstellt werden, ist bis zum 9. Juli 1923 ausgedehnt.
Calw, den 2. Juli 1923.

Für den Rassenvorstand:

Vorsitzender: Ramparos. Verwalter: Prof. Proh.

Stadtgemeinde Calw.

Nadelholz- Stangen- und Laubstammholzverkauf

am Mittwoch, den 11. Juli nachm. 2 Uhr in der Brauerei Dreiß hier und zwar:

Bauftangen

183 Stück Ia, 138 Stück Ib,

Sagftangen

458 Stück I. Kl., 183 Stück II. Kl., 22 Stück III. Kl.

Hopfenftangen

1370 Stück I. Kl., 55 Stück II. Kl., 495 Stück IV. Kl., 120 Stück V. Kl.

22 St. Eichen mit 7,78 Fm. II. — VI.
19 St. Buchen mit 6,15 Fm. Klasse
17 St. Birken mit 5,08 Fm.

Auskunft über die Hölzer erteilt Herr Förster Winterle. Losverzeichnisse können bei der Stadtpflege abgeholt werden.

Den 2. Juli 1923.

Stadtpflege Frey.

Oftelsheim.

Stammholzverkauf.

Aus den hiesigen Gemeindeväldungen kommen am Samstag, den 7. Juli d. J.,

50 Fm. Forchtenlangholz I.—V. Kl.

an Ort und Stelle zum Verkauf. Auszüge sind bei Waldmeister Gehring erhältlich. Zusammenkunft 1 Uhr beim Rathaus. Liebhaber sind freundlich eingeladen.

Den 3. Juli 1923.

Gemeinderat.

Düten und Beutel

in sämtlichen Größen und Ausführungen empfiehlt
Friedr. Häussler, Buchhandlung Calw an der Nikolausbrücke.

Spar- und Vorschubbank Calw, eingetragene Genossenschaft m. h. H. erledigt gewissenhaft und zu günstigen Bedingungen sämtliche bankgeschäftlichen Angelegenheiten, so die Verzinsung von Bareinlagen. — Annahme von Spargeldern. — An- und Verkauf von Wertpapieren. Vermietung von Schranktischen in neuerbauter Stahlkammer. — Geldwechsel.

Allgemeine Ortskrankenkasse für den Oberamtsbezirk Calw. Lohn- und Gehaltsveränderungen.

Die Herren Arbeitgeber werden ersucht, Lohn- und Gehaltsveränderungen binnen drei Tagen hierher anzuzeigen.
Zuniederhandlungen werden vom Versicherungsamt (Oberamt) bestraft.
Calw, den 2. Juli 1923.

Für den Rassenvorstand:
Vorsitzender: Ramparos. Verwalter: Prof. Proh.

Bad Teinach, den 4. Juli 1923.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Liebe und Teilnahme, die wir bei dem Hinscheiden unseres lieben unvergesslichen Mannes und Vaters

+ Johannes Walz,
Sipfermeister

erfahren durften, ferner für die vielen Blumen- spenden, sowie den Herren Ehrenträgern und dem Kriegerverein Teinach sprechen wir unsern aufrichtigsten Dank aus

die trauernden Hinterbliebenen.

Altburg, den 2. Juli 1923.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, welche wir beim Hinscheiden unseres lieben Sohnes und Bruders

Ulrich Reck +

erfahren durften, für die vielen Blumen- spenden und zahlreiche Begleitung von Nah und Fern zu seiner letzten Ruhestätte, den Herrn Ehren- träger für ihren letzten Liebesdienst, für die Worte des Herrn Geistlichen, die ehren- den Nachrufe und Kranzniederlegungen, dem Ge- sangverein und Leichengor für ihren erhabenden Gesang, sowie allen, die ihm während seinem langen Leiden Liebe erwiesen haben, sprechen wir unsern herzlichsten Dank aus.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Christian Ruoff mit Frau
und Geschwister.

Färberei Büßing Stuttgart

färbt und reinigt alles schön und gut.

Annahmestelle: W. Entenmann, Leder- str. 91

Ziehung 10. und 11. Juli 1923!

I. Klasse Preussische-Süddeutsche Staats-Lotterie

Höchst-
Gewinne **1000 Millionen Mark**
à **500 Millionen Mark**
4 Gewinne à **200 Millionen Mark**
4 Gewinne à **100 Millionen Mark**

Lospreis $\frac{1}{2}$ 1250 $\frac{1}{4}$ 2500 $\frac{1}{2}$ 5000 $\frac{1}{2}$ 10000 $\frac{1}{2}$ 20000 für jede Klasse
5000 10000 20000 40000 80000 für alle Klassen

Fetzer

Zustellung Mk. 100.— als Drucksache.
Mk. 400.— als Brief.
Württ. Lotterie-Einnahme
Stuttgart, Friedrichstraße 56.

Postcheck-Konto Stuttgart 8360.

Bad Liebenzell.

Kur-Konzert

am Donnerstag, den 5. Juli 1923
abends 8 Uhr

in den Städt. Kuranlagen

(bei schlechter Witterung im Kursaal).

Städt. Kurverwaltung.

Bankfache!

Die Berliner und Stuttgarter Banken und Bankiers geben hiemit bekannt, daß sie vom 1. 7. 23 ab Aufträge, deren Beträge nicht auf volle M. 100.— lauten, in der Weise zur Aus- führung bringen, daß die Beträge auf volle M. 100.— nach unten abgerundet werden. Soweit seitens der Kundschaft Sammelaufträge erteilt werden, z. B. in der Weise, daß mehrere Ent- nahmen auf einer oder mehreren Schecks und Wechsel zur Gutschrift überandt werden, wird sich die Abrechnung nicht auf die gesamte Summe der Geschäftsvorgänge, sondern auf jeden einzelnen Vorgang, d. h. auf jede einzelne Entnahme und jede einzelne Rimesse erstrecken.

Wir sind deshalb genötigt, unsere Kundschaft zu bitten, künftighin Beträge, die nicht auf volle 100 M lauten, nicht mehr aufzugeben und schon jetzt dahin zu streben, daß im Scheck- und Ueber- weisungsverkehr die Ausschreibung von Beträgen unterbleibt, die nicht restlos durch 100 teilbar sind.

Spar- & Vorschubbank Calw.

Deutsch-Amerikaner,

tüchtiger Geschäftsmann mit eigenem Anwesen in Nordamerika, 45 Jahre alt, evgl., sucht vor seiner demnächst erfolgenden Abreise mit praktischem, intelli- gentem und hübschem

Fräulein im Alter von 25—30 Jahren zwecks Heirat bekannt zu werden.

Erfahrungreiche Angebote mit Bild an die Ge- schäftsstelle ds. Bl. erbeten. Vermittler verboten.



HAMBURG-AMERIKA LINIE
UNION-AMERICAN LINES INC

Nach

NORD-, ZENTRAL- UND SÜD-

AMERIKA

AFRIKA, OSTASIEN USW.

Billige Beförderung über deutsche und ausländische Häfen. — Hervorragende III. Klasse mit Speise- und Raucher- sal.

Erstklassige Salon- u. Kajütendampfer

Etwa wöchentliche Abfahrten von

HAMBURG NACH NEW YORK

Auskünfte und Drucksachen durch

HAMBURG-AMERIKA LINIE

HAMBURG und deren Vertreter

In CALW: Paul Olpp, Marktplatz.

R. V. Morgen Donnerstag Zusammenkunft im „Bürgerstübli“.

Prima Blutwurst nach Hausmacher Art,
Rinds- Soulasch
in bekannter Qualität wieder eingetroffen.
Fritz Freudenberger, Fernsprecher 53.

Papier- holz Brenn- holz
alles art kauft
Julius Ulrich,
G. m. b. H.
Holzhdg., Stuttgart,
Fernsprecher 3273.

Die vorzüglichen
Halberstädter Würstchen
erhalten Sie
offen und in Büchsen
bei
Fritz Freudenberger,
Bahnhofstraße.

Sch suche für sofort
1 tüchtigen selbständigen
Bauschlosser.
With. Wackenhuth.
Für meinen Haushalt suche ich ein tüchtiges
Mädchen
das schon gedient hat, bei guter Bezahlung.
Frau H. Freudenberger,
Bahnhofstraße.

Rotbrauner Dachshund verlaufen.
Abzugeben gegen Belohnung im Schützenhaus.

Neue
Sahrpläne
für den Bezirk Calw
sind auf der Geschäftsstelle ds. Bl. erhältlich, das Stück zu Mk. 500.—.